Inhaltsverzeichnis

VorwortV
InhaltsverzeichnisVII
AbkürzungsverzeichnisXV
Einleitung1
Teil I: Rechtsgrundlagen der Krankenhausaufnahme
§ 1 Die privatrechtliche Grundlage der Krankenhausbehandlung5
A. Originärer Vertrag zwischen Krankenhausträger und -benutzer5
B. Erheblichkeit des Vertragsverhältnisses für die AGB-Kontrolle9
§ 2 Die öffentlich-rechtlichen Grundlagen der
Krankenhausbehandlung10
A. Überblick über die wesentlichen Vorschriften
B. Die Bedeutung der Vorschriften
I. Regelung des Entgeltes für die Krankenhausbenutzung11
1. Ermächtigung durch das KHG11
2. Bundespflegesatzverordnung11
3. Krankenhausentgeltgesetz
II. Anspruchsgegner der Entgeltforderung der Krankenhäuser13
C. Folgen des öffentlich-rechtlichen Hintergrundes für den
Krankenhausaufnahmevertrag mit dem Patienten14
I. Allgemeines14
II. Unmittelbare Geltung von Pflegesätzen14
III. Leistungsarten des KHEntgG als Vertragsangebote15
1. Allgemeines zum Leistungspektrum15
2. Leistungen gegenüber Regelleistungspatienten15
3. Leistungen gegenüber Wahlleistungspatienten17
4. Leistungen gegenüber Belegpatienten17
IV. Ausgestaltung von Wahlleistungsvereinbarungen18
V. Pflegesatzrecht in der AGB-Kontrolle20

Teil II: Rechtsgrundlagen der AGB-Kontrolle

§ 1 Die Inhaltskontrolle	23
A. Allgemeine Zielsetzungen der AGB-Kontrolle	
I. Ausgleich fehlender Verhandlungsmöglichkeit	
II. Ausgleich gefährdeten Konditionswettbewerbs	
III. Verbraucherschutz	
B. Besondere Wertungsgesichtspunkte für die Inhaltskontrolle bei	
stationärer Krankenhausaufnahme	27
I. Wirtschaftliche Notwendigkeit der AVB	
II. Rechtliche Notwendigkeit der AVB	
III. Verbraucherlage des Patienten	
IV. Die Unterlegenheit in der Verhandlungsmacht des Patienten	
1. Der Nachweis der strukturell unterlegenen	
Verhandlungsposition	33
2. Erheblichkeit der Unterlegenheit für die Vertragskontrolle	37
a. Wertungsfaktor für die AGB-Kontrolle	37
b. Erweiterung des sachlichen Anwendungsbereiches der	
Inhaltskontrolle	38
3. Allgemeininteressen	40
C. Vergleich mit der (dispositiven) Gesetzeslage	41
I. Feststellung einer Abweichung	41
II. Leitbildfunktion "gesetzlicher Regelungen" und der	
Natur des Vertrages	42
§ 2 Die Einbeziehungskontrolle	
A. Abgrenzung zur Inhaltskontrolle	46
B. Ordnungsgemäße Einbeziehung der Krankenhaus-AVB	
als solche, § 305 Abs. 2 BGB	
I. Voraussetzungen des § 305 Abs. 2 BGB	
II. Einbeziehung durch Einbeziehungsklauseln	
III. Sonderfall: Hausordnung	
C. Fehlende Einbeziehung in Fällen des § 305c Abs. 1 BGB	50
§ 3 Die Auslegung von AVB-Bestimmungen	53
§ 4 Die Transparenzkontrolle	55
A. Bedeutung	
B. Systematische Zuordnung	
C. Maßstab für die Beurteilung des Transparenzerfordernisses	

Teil	III:	Besondere	formul	larmäßige	Ausgestaltungen
1 (11					

§ 1 Klauseln allgemein zur Inanspruchnahme von Wahlleistungen	
A. Die Versagung von Wahlleistungen	01
I. Die objektive Rechtslage als Prüfmaßstab	
II. Kündigungsrecht beider Teile mit 24h-Frist	02
§ 2 Klauseln über die Inanspruchnahme der Wahlleistung Unterkunf	t63
§ 3 Formularmäßig gespaltene und kumulierte	
Wahlbehandlungsverträge	
A. Erscheinungsformen formularmäßiger Wahlbehandlungsverträge	65
I. Kumulierte Wahlbehandlungsverträge	65
II. Spaltungsklauseln	65
1. (Gesamt-)Spaltungsklausel	65
2. Haftungsspaltungsklauseln	
B. Anforderungen an die Einbeziehung von Spaltungsklauseln	67
I. § 305c Abs. 1 BGB	67
1. Rechtsprechung	67
2. Schrifttum	69
3. Stellungnahme	69
II. § 305c Abs. 2 BGB	70
C. Die Inhaltskontrolle von formularmäßiger Spaltung und	
Kumulierung von Wahlbehandlungsverträgen	71
I. Inhaltskontrollfähigkeit	72
1. Gesamtspaltungsklausel	72
2. Kumulierte Wahlbehandlungsverträge	72
II. Verstoß gegen § 309 Nr. 7a BGB	72
1. Reichweite des Klauselverbots	
2. Verstoß durch die Haftungsspaltungsklausel	74
a. Rechtslage nach dem 01.01.2002	74
b. Rechtslage vor dem 01.01.2002	74
3. Verstoß durch die Gesamtspaltungsklausel	75
a. Freizeichnung von der Verantwortlichkeit für Organe	76
aa. Die objektive Rechtslage als Prüfmaßstab	76
bb. Unzulässiger Freizeichnungsgehalt der	00
Gesamtspaltungsklausel	
b. Haftung für nachgeordnetes ärztliches Personal	
aa. Die objektive Rechtslage als Prüfmaßstab	
bb. Freizeichnungsgehalt der Gesamtspaltungsklausel III. § 307 BGB - Unangemessene Benachteiligung durch	81
gesamtgespaltene und kumulierte Wahlbehandlungsverträge	83
Die objektive Rechtslage als Prüfmaßstab	
a. §§ 2, 17 KHEntgG als gesetzliche Leitbilder für die	
Kontrolle nach § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB?	83

X Inhaltsverzeichnis

b. Gründe gegen die Annahme des gesetzlichen Leitbildes	
aus §§ 2, 17 KHEntgG	85
aa. Grammatische und systematische Auslegung	85
bb. Teleologische und historische Auslegung	87
c. Ergebnis	88
2. Die Natur des Vertrages als Prüfmaßstab	89
a. Standpunkt der herrschenden Meinung	89
b. Bewertung der möglichen Leitbilder im Einzelnen	89
aa. Bewertung des gespaltenen	
Krankenhausaufnahmevertrages	89
bb. Bewertung des kumulierten Wahlbehandlungs-	
vertrages vs. einheitlicher Wahlbehandlungsvertrag	
(a) Parteiwillen	93
(b) Die Bedeutung des Arztzusatzvertrages für die	
Liquidationsberechtigung des Arztes	
c. Ergebnis zum Leitbild	
d. Folgen für den kumulierten Wahlbehandlungsvertrag	
e. Folgen für die Gesamtspaltungsklausel	
3. Transparenzkontrolle	
D. Ergebnis zu § 3	109
E. Die Beurteilung der Ergebnisse im Lichte der künftigen	
Entwicklungen	109
§ 4 Formularmäßige Honorarvereinbarungen	112
A. Zwingende Vorgaben der GOÄ	
B. Arten von Honorarvereinbarungen	
	113
C. AGB-rechtliche Kontrollierbarkeit abweichender	
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ	113
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung	113 113
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum	113 113
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen	113 113 114
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen Absprache im Einzelfall" in § 2 Abs. 2 GOÄ	113 113 114
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung	113 113 114 116
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen Absprache im Einzelfall" in § 2 Abs. 2 GOÄ 1. Sperre der AGB-Kontrolle (herrschende Auffassung) 2. Gründe für die Zulassung der AGB-Kontrolle	113114116116118
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen Absprache im Einzelfall" in § 2 Abs. 2 GOÄ 1. Sperre der AGB-Kontrolle (herrschende Auffassung) 2. Gründe für die Zulassung der AGB-Kontrolle 3. Ergebnis	113114116116118
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen Absprache im Einzelfall" in § 2 Abs. 2 GOÄ 1. Sperre der AGB-Kontrolle (herrschende Auffassung) 2. Gründe für die Zulassung der AGB-Kontrolle 3. Ergebnis. D. Kontrollmöglichkeiten bei Vereinbarungen innerhalb der	113114116116118123
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen Absprache im Einzelfall" in § 2 Abs. 2 GOÄ 1. Sperre der AGB-Kontrolle (herrschende Auffassung) 2. Gründe für die Zulassung der AGB-Kontrolle 3. Ergebnis	113114116116118123
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen Absprache im Einzelfall" in § 2 Abs. 2 GOÄ 1. Sperre der AGB-Kontrolle (herrschende Auffassung) 2. Gründe für die Zulassung der AGB-Kontrolle 3. Ergebnis D. Kontrollmöglichkeiten bei Vereinbarungen innerhalb der Regelspanne und innerhalb des Gebührenrahmens	113 114 116 116 118 123
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen Absprache im Einzelfall" in § 2 Abs. 2 GOÄ 1. Sperre der AGB-Kontrolle (herrschende Auffassung) 2. Gründe für die Zulassung der AGB-Kontrolle 3. Ergebnis D. Kontrollmöglichkeiten bei Vereinbarungen innerhalb der Regelspanne und innerhalb des Gebührenrahmens	113 114 116 116 123 124
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen Absprache im Einzelfall" in § 2 Abs. 2 GOÄ 1. Sperre der AGB-Kontrolle (herrschende Auffassung) 2. Gründe für die Zulassung der AGB-Kontrolle 3. Ergebnis. D. Kontrollmöglichkeiten bei Vereinbarungen innerhalb der Regelspanne und innerhalb des Gebührenrahmens § 5 Vertreterklauseln A. Erscheinungsformen	113 114 116 116 123 124 125 125
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen Absprache im Einzelfall" in § 2 Abs. 2 GOÄ 1. Sperre der AGB-Kontrolle (herrschende Auffassung) 2. Gründe für die Zulassung der AGB-Kontrolle 3. Ergebnis. D. Kontrollmöglichkeiten bei Vereinbarungen innerhalb der Regelspanne und innerhalb des Gebührenrahmens § 5 Vertreterklauseln A. Erscheinungsformen B. Verhältnis der Vertretung zu Übertragungsregelungen der GOÄ	113 114 116 116 123 124 125 125
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen Absprache im Einzelfall" in § 2 Abs. 2 GOÄ 1. Sperre der AGB-Kontrolle (herrschende Auffassung) 2. Gründe für die Zulassung der AGB-Kontrolle 3. Ergebnis. D. Kontrollmöglichkeiten bei Vereinbarungen innerhalb der Regelspanne und innerhalb des Gebührenrahmens § 5 Vertreterklauseln A. Erscheinungsformen B. Verhältnis der Vertretung zu Übertragungsregelungen der GOÄ C. AGB-Kontrolle	113 114 116 116 118 123 124 125 126 128
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen Absprache im Einzelfall" in § 2 Abs. 2 GOÄ 1. Sperre der AGB-Kontrolle (herrschende Auffassung) 2. Gründe für die Zulassung der AGB-Kontrolle 3. Ergebnis D. Kontrollmöglichkeiten bei Vereinbarungen innerhalb der Regelspanne und innerhalb des Gebührenrahmens § 5 Vertreterklauseln A. Erscheinungsformen B. Verhältnis der Vertretung zu Übertragungsregelungen der GOÄ C. AGB-Kontrolle I. § 305c Abs. 1 BGB	113 114 116 116 118 123 124 125 125 128 128
Vereinbarungen im Sinne von § 2 GOÄ I. Standpunkt der herrschenden Meinung II. Kritische Stimmen im Schrifttum III. Auswirkungen des Erfordernisses der "persönlichen Absprache im Einzelfall" in § 2 Abs. 2 GOÄ 1. Sperre der AGB-Kontrolle (herrschende Auffassung) 2. Gründe für die Zulassung der AGB-Kontrolle 3. Ergebnis. D. Kontrollmöglichkeiten bei Vereinbarungen innerhalb der Regelspanne und innerhalb des Gebührenrahmens § 5 Vertreterklauseln A. Erscheinungsformen B. Verhältnis der Vertretung zu Übertragungsregelungen der GOÄ C. AGB-Kontrolle	113 114 116 118 123 124 125 128 128 129

V. Verstoß gegen § 307 BGB
VI. Übertragung der vertraglichen Verantwortung auf den
Krankenhausträger135
· ·
§ 6 Belegarztklausel138
A. Erscheinungsform und Inhalt
B. Inhaltskontrolle der Vertragsspaltung
I. Vertragsspaltung als bloße Leistungsbeschreibung?139
1. Mangelnde Kontrollfähigkeit140
2. Mangelndes Kontrollbedürfnis141
3. Mangelnde Kontrollzulässigkeit141
II. Die Bedeutung des gesetzlichen Rahmens142
1. Die Bedeutung von § 2 Abs. 1 S. 2 i. V. m. 18 KHEntgG142
2. Gleichlauf von pflegesatzrechtlicher Vergütung und
Vertragsschuld145
3. Ergebnis147
III. Die Vereinbarkeit mit der Natur des Vertrages147
1. Genereller Erwartungshorizont148
a. Verkehrserwartungen aufgrund des Tätigkeitsbildes
des Belegarztes?148
b. Verkehrserwartungen unter Einfluss mittelbarer
Vorgaben des Pflegesatzrechts149
c. Verkehrserwartungen durch AVB-Verwendung150
2. Konkret-individueller Erwartungshorizont bei besonderen
Gegebenheiten151
IV. Ergebnis zur Kontrolle der Vertragsspaltung153
C. Inhaltskontrolle des Haftungsausschlusses
I. Kontrollfähigkeit
II. Die objektive Rechtslage als Prüfmaßstab154
1. Haftung des Krankenhausträgers gem. §§ 278, 831 BGB154
a. Der Belegarzt als Hilfsperson154
b. Nachgeordnete Ärzte als Hilfspersonen154
2. Haftung des Krankenhausträgers gemäß § 31 BGB (analog)156
a. Standpunkt der herrschenden Meinung156
b. Gleichwohl analoge Anwendung von § 31 BGB?156
aa. Repräsentationswirkung für eine wesensmäßige
Funktion157
bb. Das Eigeninteresse und die fehlende Anstellung
als Hindernis?159
cc. Zurechnung zumindest nach körperschaftlicher
Organisationsverantwortlichkeit163
(a) Grund und Anwendbarkeit der Rechtsfigur164
(b) Wichtige Aufgabenbereiche165
(c) Die Pflicht zur Förderung des Belegarztwesens als
Hindernis?
dd. Die Bestellung und Ausführung der Verrichtung168

XII Inhaltsverzeichnis

3. Sonstige Begründungsversuche für eine Haftung des	
Krankenhausträgers	169
a. Vertrag mit Drittwirkung	169
b. Gesellschaftsverhältnis mit dem Belegarzt	170
c. Gesamtschuldnerische Haftung	171
d. Die Organisationshaftung	173
III. Verstoß der Haftungsausschlussklausel gegen	
§§ 309 Nr. 7a aa) und 307 BGB	175
1. § 309 Nr. 7a aa) BGB	175
a. In Bezug auf den Belegarzt selbst	
b. In Bezug auf nachgeordnete Ärzte	
2. § 307 BGB	178
a. Patienteninteressen	
b. Interessen der Krankenhausträger	179
D. Transparenzkontrolle	
I. Die Pflicht zur Transparenz im Grundsatz	181
II. Der Vorwand geltenden Rechts	182
III. Konkrete intransparente Formulierungen bezüglich der	
Haftung des Krankenhausträgers	
1. Organisationsverantwortung	
2. Schuldvertragliche Verhältnisse	
3. Haftung für nichtärztliches Personal	184
4. Persönliche Leistungen des Belegarztes	
5. Formale Gestaltung	
E. Ergebnis zur Kontrolle der Haftungsspaltung	186
§ 7 Selbstzahlerklauseln	188
A. Erscheinungsformen	188
B. AGB-Kontrolle	188
I. Differenzierung nach Selbstzahler und Kassenpatienten	188
II. Auslegung der Klausel	189
III. Die objektive Rechtslage bei Kassenpatienten	189
IV. Einbeziehungskontrolle - § 305c Abs. 1 BGB	194
V. Inhaltskontrolle	195
C. Vorauszahlungen und Kostenübernahmeerklärung	196
§ 8 Klauseln in Behandlungsverträgen zur Inanspruchnahme Drit	ter 199
A. Erscheinungsformen	199
B. AGB-Kontrolle	
I. Der Selbstzahlerfall als Ausgangspunkt	200
II. Einbeziehungskontrolle	
III. Inhaltskontrolle	
1. Verstoß gegen § 309 Nr. 11a BGB	
2. Verstoß gegen § 309 Nr. 11b BGB	
3. Verstoß gegen § 307 BGB	

Inhaltsverzeichnis XIII

§ 9 Obduktions- bzw. Sektionsklauseln	204
A. Erscheinungsformen	
B. Einbeziehungskontrolle - § 305c Abs. 1 BGB	
C. Inhaltskontrolle	
I. Die objektive Rechtslage als Prüfmaßstab	
1. Zustimmungsmodell - Erfordernis und Voraussetzungen	206
2. Sektionen ohne erklärten Willen	208
a. Rechtsvorschriften	
b. Sonstige Fälle	210
3. Konsequenzen aus der Rechtslage für Zustimmungsklauseln	
und Widerspruchsklauseln	
II. Inhaltskontrolle des Widerspruchsmodells	
1. § 308 Nr. 5 BGB	
2. § 307 BGB	
a. Geschwächte Ausübung des Einwilligungserfordernisses	
b. Mangelndes Überragen von Verwenderinteressen	
III. Ergebnis	215
§ 10 HIV-Klausel	
A. Erscheinungsform	
B. AGB-Kontrolle	
I. Die objektive Rechtslage als Prüfmaßstab	
II. Einbeziehungskontrolle - § 305c Abs. 1 BGB	
III. Unangemessene Benachteiligung, § 307 BGB	218
§ 11 Einverständnis in die Weitergabe von Daten	221
A. Weitergabe von Daten gemäß § 301 SGB V	
B. Weitergabe an Abrechnungsstellen	
I. Die objektive Rechtslage als Prüfmaßstab	
II. AGB-Kontrolle	
§ 12 Weiterverwendungsklausel in Bezug auf Körpermaterial	225
A. Bedeutung und Erscheinungsform	
B. Die objektive Rechtslage	
I. Betroffene Rechte des Patienten	
1. Persönlichkeitsrechte	
2. Sachenrechte	
3. Datenschutzrechte	
II. Einwilligungserfordernis	
III. Güterabwägung anstelle des Einwilligungserfordernisses	
IV. Anforderungen an eine AGB-Klausel	
1. Anwendungsbereich	
2. Vermeidung des Überraschungseffekts	
3. Transparente Ausgestaltung (§ 307 Abs. 1 S. 2 BGB)	
4. Angemessenheit (§ 307 BGB) - informierter Widerspruch	233

Teil IV: Formularmäßige Aufklärung und Einwilligung

§ 1 Erscheinungsformen und ihre Bedeutung	237
§ 2 AGB-Qualität vorformulierter Aufklärung und Einwilligung	239
A. Grammatische Bedenken	239
B. Teleologische Bedenken	
C. Bedenken im Hinblick auf den Schutzbedarf	
 I. Grundsätzliche Unzulässigkeit der Formularaufklärung 	241
II. Ausnahmefälle	
III. Folge: Kontrolle anhand der §§ 305 ff BGB	245
§ 3 AGB-Kontrolle	245
A. § 309 Nr. 12b BGB	
I. Bestätigung eines tatsächlichen Vorganges	
II. Sonstige Beweislastverschiebungen	
III. Gesondert unterschriebene Empfangsbekenntnisse	
B. § 305c Abs. 1 BGB	
C. § 307 BGB: Kardinalpflichten und Transparenzverstöße	250
§ 4 Ergebnis	251
Teil V: Wesentliche Ergebnisse	253
Literaturverzeichnis	257
Stichwortverzeichnis	273